

Finanzielle Vulnerabilität in der Coronakrise

Potenzielle Auslöser, Risikofaktoren, finanzielles Anpassungsverhalten und Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung

Carmela Aprea, Tabea Bucher-Koenen, Marius Cziriak, Donya Gilan, Omar Hahad,
Max Simon Lohner

AUF EINEN BLICK

- Finanzielle Schwierigkeiten in der Coronakrise sind u. a. mit der Intensität von Einkommens- und Vermögenseinbußen gestiegen.
 - Das Risiko für diese Schwierigkeiten war höher für Selbstständige und Alleinerziehende sowie für Einkommensschwache.
 - Betroffene reduzierten mehrheitlich ihre Ausgaben, nannten aber auch Verhaltensweisen, die Ver- bzw. Überschuldungsrisiken bergen.
 - Der häufigste Grund für die Nicht-Inanspruchnahme von Unterstützungen war die Annahme, nicht anspruchsberechtigt zu sein.
-

DIE CORONAKRISE ALS FINANZIELLER SCHOCK MIT UNGLEICHEN AUSWIRKUNGEN

Die Coronakrise ist eine außergewöhnliche Kombination aus Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskrise. Aus Sicht der Gesamtwirtschaft handelt es sich um einen finanziellen Schock, der anders als bei der globalen Finanzkrise ab 2007 nicht aus dem Finanz- bzw. Wirtschaftssystem selbst kommt, sondern als Folge der Pandemie entstanden ist. Wie die globale Finanzkrise hat jedoch auch die Coronakrise weitreichende ökonomische bzw. finanzielle Konsequenzen, nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die privaten Haushalte in Deutschland. Diesen letztgenannten Auswirkungen und deren Folgen für das finanzielle und psychische Wohlbefinden der Menschen in Deutschland gehen wir im Projekt *Finanzielle Schocks*

in der Coronakrise: Belastungen und Beanspruchungen, Bewältigungsressourcen und -strategien sowie sozialpolitische Maßnahmen (Schock-Co) nach. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen des Fördernetzwerks interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) von September 2020 bis Dezember 2021 gefördert. Unter anderem wurde im Rahmen dieses Projekts im Winter 2020/21 eine repräsentative Befragung der erwerbstätigen Bevölkerung Deutschlands über 30 Jahren durchgeführt, an der 1875 Personen teilnahmen. Erste Auswertungen dieser Befragung von Aprea et al. (2021) legen nahe, dass die finanziellen Belastungen durch die Coronakrise in Deutschland unterschiedlich verteilt sind. Während die Mehrheit – zumindest in kurz- und mittelfristiger Perspektive – hinsichtlich ihrer Finanzen vergleichsweise glimpflich davon gekommen zu sein scheint, berichten 18,6 % – also rund

ein Fünftel – der Befragten, dass sie zwischen März und Dezember 2020 Schwierigkeiten damit hatten, finanziell über die Runden zu kommen. Die finanzielle Situation dieser Personen, die besonders stark von den finanziellen Folgen der Pandemie getroffen wurden und daher im Folgenden als ‚vulnerabel‘ bezeichnet werden, steht im Fokus dieses Impulsbeitrags. Wir beleuchten insbesondere vier Aspekte, nämlich erstens potenzielle Auslöser, zweitens Risikofaktoren für erhöhte finanzielle Vulnerabilität sowie drittens das finanzielle Anpassungsverhalten und viertens die Inanspruchnahme sozialpolitischer Unterstützung von Personen mit erhöhter finanzieller Vulnerabilität.

FINANZIELLE VERLUSTE ALS POTENZIELLE AUSLÖSER FÜR FINANZIELLE VULNERABILITÄT

Um erste Hinweise auf mögliche Auslöser für erhöhte finanzielle Vulnerabilität in der Coronakrise zu erhalten, haben wir ermittelt, in welcher Form Personen, die in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, von den finanziellen Auswirkungen der Coronakrise betroffen waren. Zu diesem Zweck haben wir die Angaben der Personen mit finanziellen Schwierigkeiten in Verbindung zu zwei weiteren Fragen der Erhebung gesetzt: Erstens, ob und in welchem Ausmaß sich bei ihnen seit Beginn der Pandemie Veränderungen beim monatlichen Nettoeinkommen ergeben haben und zweitens, ob die Krise Auswirkungen auf ihr finanzielles Vermögen hatte. Bei letztgenannter Frage konnte auch angegeben werden, inwiefern ein solches Vermögen überhaupt vorhanden war. In Abbildung 1 werden die Ergebnisse dieser Analyse getrennt nach Intensität der Einkommenseinbußen bzw. der Vermögensänderungen dargestellt. Wie sich dem linken Teil der Abbildung 1 entnehmen

lässt, gaben Personen prozentual häufiger an, finanzielle Schwierigkeiten zu haben, wenn sie von hohen Einkommensverlusten betroffen waren. So gaben nur knapp 10 % der Haushalte ohne Einbußen oder mit Einkommenszuwächsen finanzielle Schwierigkeiten an, unter Haushalten mit einem Verlust von mehr als 35 % des Nettohaushaltseinkommens betrug der Anteil mit finanziellen Schwierigkeiten hingegen über 70 %. Der rechte Teil von Abbildung 1 stellt den Zusammenhang der Intensität von finanziellen Vermögensverlusten und dem Auftreten von finanziellen Schwierigkeiten dar. 70 % derjenigen, die einen deutlichen Vermögensverlust erlitten haben, berichten ebenfalls über finanzielle Schwierigkeiten. Ebenso traf dies auf 44 % der Personen zu, die vor der Coronakrise kein finanzielles Vermögen hatten, während knapp 23 % der Personen mit geringen Vermögensverlusten angaben, in finanzielle Schwierigkeiten geraten zu sein. Übereinstimmend mit vergleichbaren Studien² zeigt sich damit in unseren Ergebnissen, dass die Betroffenheit der Studienteilnehmenden von finanziellen Schwierigkeiten mit der Intensität von Einkommens- und Vermögensverlusten sowie dem Nichtvorhandensein von Vermögenswerten steigt.

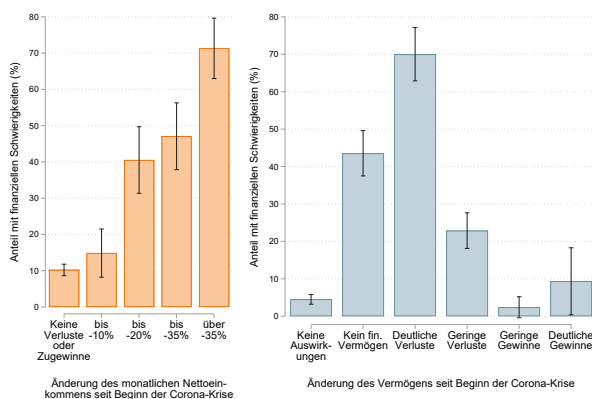
RISIKOFAKTOREN FÜR FINANZIELLE VULNERABILITÄT

Um zu verstehen, welche Risikofaktoren in Verbindung mit finanzieller Vulnerabilität in der Coronakrise stehen, haben wir die demografischen und sozioökonomischen Eigenschaften von Personen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, mithilfe einer logistischen Regression³ analysiert und sogenannte ‚Odds Ratios‘ (OR) gebildet. Ein OR bemisst den Beitrag dieser Charakteristika relativ zur jeweiligen Vergleichskategorie.

Gemäß dieser Analyse gerieten Selbstständige doppelt so häufig in finanzielle Schwierigkeiten wie Personen in abhängiger Beschäftigung (OR=2,05). Ähnliches gilt für Alleinerziehende im Vergleich zu Paaren mit Kindern (OR=1,71). Personen, die Ende 2019, also unmittelbar vor der Pandemie, nur wenig Vermögen (<5.000 Euro) besaßen, gerieten mehr als zweieinhalbmal so häufig in finanzielle Schwierigkeiten wie solche in der Vergleichskategorie mit einem Vermögen zwischen 25.000 und 50.000 Euro (OR=2,62). Schließlich waren neben Personen in geringfügiger Beschäftigung auch Personen, die nicht oder nur gelegentlich erwerbstätig waren, signifikant häufiger infolge der Coronakrise mit finanziellen Problemen konfrontiert (OR von 2,23 bzw. 1,87).

Die Ergebnisse zeigen indes auch soziodemografische

Abbildung 1: Finanzielle Verluste als potenzielle Auslöser für finanzielle Vulnerabilität ¹

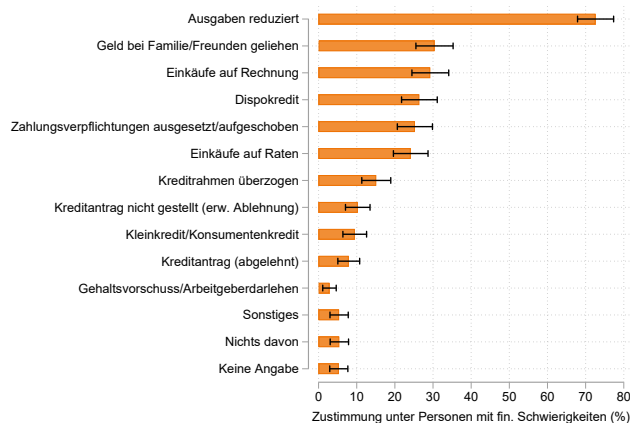


bzw. sozioökonomische Gruppen auf, bei denen es seltener zu finanziellen Engpässen kam. So wurden Personen im Alter von über 60 Jahren nur etwa halb so oft während der Krise mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert wie die Gruppe der 40- bis 49-Jährigen (OR=0,55) und Personen, die eine von ihnen selbst bewohnte Immobilie besitzen, waren verglichen mit solchen, die zur Miete wohnen, ebenso bedeutend seltener von finanziellen Schwierigkeiten betroffen (OR=0,68).

FINANZIELLES ANPASSUNGS- VERHALTEN BEI FINANZIELLER VULNERABILITÄT

Personen, die in der Befragung angaben, dass sie sich in der Coronakrise finanziellen Schwierigkeiten gegenüberübersehen, wurden auch danach befragt, wie sie ihr Finanzverhalten an die angespannte finanzielle Situation angepasst haben. Die Antworten auf diese Frage, bei der Mehrfachantworten ebenso wie zusätzliche Angaben in

Abbildung 2: Finanzielles Anpassungsverhalten bei finanzieller Vulnerabilität ⁴



Form einer offenen Antwort möglich waren, sind in Abbildung 2 abgebildet. Die Abbildung verdeutlicht, dass das mit Abstand am häufigsten genannte Anpassungsverhalten die Reduktion der Ausgaben war, welche von fast 73 % der Personen mit finanziellen Schwierigkeiten genannt wurde. Knapp jede dritte befragte Person aus dieser Gruppe hat sich zudem Geld von der Familie oder von Freunden geliehen (30 %). Weitere häufig genannte Optionen waren Einkäufe auf Rechnung (29 %), Inanspruchnahme von Dispokrediten (26 %), aufgeschobene oder ausgesetzte Zahlungsverpflichtungen (25 %), Einkäufe auf Raten (24 %) oder überzogene Kreditrahmen (15 %). Damit wurden in einem nennenswerten Umfang auch solche Anpassungen des Finanzverhaltens

genannt, die längerfristige Ver- bzw. Überschuldungsrisiken bergen können, da sie potenziell mit hohen Folgekosten (z. B. Dispozinsen) verbunden sind.⁵

INANSPRUCHNAHME SOZIALPOLITISCHER UNTERSTÜTZUNG BEI FINANZIELLER VULNERABILITÄT

Durch unterschiedliche sozialpolitische Maßnahmen sollten die Auswirkungen der Coronapandemie abgefedert werden. Von den Befragten mit finanziellen Schwierigkeiten gaben 15 % an, solche sozialpolitischen Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch genommen zu haben. Dieser Anteil liegt zwar höher als der Anteil von 9 % in der repräsentativen Gesamtstichprobe, fällt jedoch geringer aus als dies angesichts der finanziellen Schwierigkeiten zu erwarten gewesen wäre.

Personen mit finanziellen Schwierigkeiten, die keine Unterstützung in Anspruch genommen hatten, begründeten dies mehrheitlich damit, dass sie annahmen, nicht anspruchsberechtigt zu sein (57 %). Als weitere Gründe wurden der fehlende Bedarf (27 %), fehlendes Wissen darüber, wie Maßnahmen beantragt werden können (18 %), Unbehagen gegenüber der Beantragung (12 %), der bürokratische Aufwand (8 %) und die generelle Ablehnung staatlicher Unterstützung (4 %) angegeben. In der Gesamtstichprobe ist der mit Abstand am häufigsten genannte Grund für die Nicht-Inanspruchnahme hingegen, dass es keinen Bedarf gab.⁶

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die präsentierten Ergebnisse legen unseres Erachtens folgende Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen nahe: Zunächst verdeutlichen sie die Bedeutung von Vermögen als Polster gegen finanzielle Schocks. Ebenso zeigen sie, dass mit den Alleinerziehenden und den einkommensschwachen Personen zwei Gruppen besonders stark von den finanziellen Risiken der Pandemie betroffen sind, die auch zuvor schon als gefährdet galten, was in Kombination mit riskantem Anpassungsverhalten die Gefahr sich verfestigender Armuts- und Schuldenfallen birgt. Insgesamt unterstützen die Befunde unserer Ansicht nach damit die Notwendigkeit einer resilienorientierten Sozialpolitik, die, wo möglich, zum einen die Initiative zur eigenverantwortlichen Vorsorge unterstützt, zum anderen aber auch die Bürger*innen wirksam gegen unverschuldete finanzielle Schocks schützt, wie sie die Coronakrise darstellte. In der Gesamtbetrachtung scheinen die sozialpolitischen Maßnahmen während der Pandemie dieses Ziel

über weite Strecken erreicht zu haben. Dennoch zeigt sich in unseren Daten, dass es einen Anteil an Personen gibt, die einen Bedarf gehabt hätten, sich jedoch über ihre Anspruchsberechtigung nicht im Klaren waren. Gerade für diese Personengruppe sollte die Kommunikation sozialpolitischer Unterstützungsmaßnahmen verbessert werden. Wie zahlreiche Gespräche zu den Befunden unseres Projekts mit Berater*innen (z. B. aus der Schulden- und Verbraucherberatung) ergaben, sollten solche Verbesserungen sowohl die Reichweite von Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten als auch deren Verständlichkeit umfassen.

Literatur und Hinweise

1 Hinweis: Darstellung des prozentualen Anteils von Personen mit finanziellen Schwierigkeiten in der jeweiligen Antwortkategorie. 342 von insgesamt 1852 Befragten gaben an, von finanziellen Schwierigkeiten in der Coronakrise betroffen zu sein. Angaben gewichtet nach Repräsentativität der erwerbstätigen oder arbeitslosen Wohnbevölkerung, Personen in Mutterschutz oder Elternzeit, die das 30. Lebensjahr vollendet haben. Abbildung zeigt 95 %-Konfidenzintervalle.

Unter einem Konfidenzintervall versteht man einen statistisch berechneten Bereich, der die Lage eines wahren Parameters (z.B. eines Mittelwertes) einer Grundgesamtheit (z.B. der Bevölkerung eines Landes) mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit lokalisieren soll. Das macht man, da in der Statistik berechnete Werte meist auf der Grundlage einer Stichprobe zustande kommen, auf deren Basis man Rückschlüsse auf die Werte in der Grundgesamtheit ziehen möchte. Auf Basis der Stichprobe schätzt man den wahren Wert. Da es sich um eine Schätzung handelt, kann der wahre Wert allerdings selten exakt bestimmt werden. Konfidenzintervalle bieten aber zumindest die Möglichkeit, ihn mit einer gewissen Erfolgswahrscheinlichkeit genauer verorten zu können. Ein Konfidenzintervall von 95 bedeutet dann, dass der wahre Wert mit 95 prozentiger Wahrscheinlichkeit innerhalb des identifizierten Bereichs liegt.

2 Bonin, Holger, Werner Eichhorst, Annabelle Krause-Pilatus und Ulf Rinne. 2021. Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf private Haushalte. Kurzexpertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. *IZA Research Report* 112.

3 Hinweis: Eine logistische Regression ist ein statistisches Verfahren zur Modellierung der Verteilung einer abhängigen, binären Variable. Wir nutzen dieses Verfahren, da wesentliche Annahmen der linearen Regression in der vorliegenden Datenstruktur nicht erfüllt sind, und vermeiden dadurch unzulässige Vorhersagen zur Wahrscheinlichkeit, in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten.

4 Hinweis: Darstellung der Häufigkeit von Anpassungsverhalten bei Personen mit finanziellen Schwierigkeiten. Enthält 342 von 1852 Befragten. Angaben gewichtet nach Repräsentativität der erwerbstätigen oder arbeitslosen Wohnbevölkerung, Personen in Mutterschutz oder Elternzeit, die das 30. Lebensjahr vollendet haben. Abbildung zeigt 95 %-Konfidenzintervalle.

5 Korzak, Dieter, Sally Peters und Hanne Rogemann. 2021. Private Überschuldung in Deutschland. Auswirkungen der Corona-Pandemie

und die Zukunft der Schuldnerberatung. Friedrich Ebert Stiftung. WISO Diskurs 07/2021.

6 Aprea, Carmela, Tabea Bucher-Koenen, Marius Cziriak und Donya Gilan. 2021. Finanzielle Verluste und sozialpolitische Unterstützung von Haushalten in der Coronakrise. ZEW-Kurzexpertise. <https://www.zew.de/publikationen/finanzielle-verluste-und-sozialpolitische-unterstuetzung-von-haushalten-in-der-corona-krise>. Zugegriffen: 23. April 2022.

Über die Autor*innen

Prof. Dr. Carmela Aprea, Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik – Design und Evaluation instruktionaler Systeme der Universität Mannheim und Direktorin des Mannheim Institute for Financial Education (MIFE). Ihre Forschungsschwerpunkte sind ökonomische und finanzielle Bildung für das 21. Jahrhundert, Resilienz in Lern- und Arbeitskontexten sowie Nachhaltigkeitsbildung und Future Thinking Skills.

Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen, Leiterin des Forschungsbereichs Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte am ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim sowie Professorin an der Universität Mannheim und Direktorin des Mannheim Institute for Financial Education (MIFE). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Finanzen privater Haushalte und die ökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels.

Marius Cziriak, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte am ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte sind Alterssicherung, finanzielle Bildung sowie Spar- und Versicherungsentscheidungen.

Dr. Donya Gilan, Leiterin des Bereichs Resilienz und Gesellschaft am Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR) in Mainz und der Transkulturellen Ambulanz der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Universitätsmedizin Mainz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Entwicklung von Interventionen zur Stärkung der Resilienz sowie die Beforschung von Risiko- und Schutzfaktoren in Krisen.

Dr. Omar Hahad, Psychologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Kardiologie, Universitätsmedizin Mainz sowie Mitarbeiter und Referent am Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR) in Mainz. Seine Forschungsschwerpunkte sind Einflüsse von Umweltstressoren wie z. B. Lärm und Luftverschmutzung auf die psychische und kardiovaskuläre Gesundheit.

Max Simon Lohner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik – Design und Evaluation instruktionaler Systeme der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte sind Schutz- und Risikofaktoren für Resilienz in Lern- und Arbeitskontexten sowie die Entwicklung von Resilienztrainings in diesen Kontexten.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation sind ausschließlich die Verfasser*innen verantwortlich.

Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
 Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)
 Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)
 Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ),
 Forsthausweg 2, 47057 Duisburg
 Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen
 Homepage: www.difis.org

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, August 2022

Inhaltliche Betreuung: Dr. Nicole Vetter

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali

Satz: Simon Rickel

ISSN: 2748-680X